



**Cem Özdemir,**

geboren am 21. Dezember 1965 in Bad Urach, Kreis Reutlingen; Sozialpädagoge. Mitglied des Deutschen Bundestages von 1994 bis 2002, dort ab 1998 innenpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Vorsitzender der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe.

Im Jahr 2003 als „Transatlantic Fellow“ beim „German Marshall Fund of the U.S.“ in Washington und Brüssel. Seit 2004 Abgeordneter im Europäischen Parlament (Fraktion: Die Grünen/Freie Europäische Allianz). Dort Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres.

**Leitkultur, Verfassung, Republikanismus**

„Leitkultur“ – der Begriff wurde im Jahr 2000 in die politische und öffentliche Debatte eingeführt und schlug hohe Wellen. Obwohl die Diskussion über die Integration von Einwanderern und die zweite Generation auch danach nie verebte, wurde es um den Begriff „Leitkultur“ eher still. Das hatte seinen Grund, denn er zeigte sich schlichtweg als untauglich und erweckte Abwehrliehungen nicht nur bei Immigranten und ihren Nachkommen, sondern auch bei liberalen Politikern und Intellektuellen. „Leitkultur“, „deutsche Leitkultur“ – man durfte zu Recht irritiert sein und sich fragen, ob hier nicht vielmehr einer Assimilation anstatt Integration das Wort geredet wird. Die Schlagseite des Begriffs war eindeutig, und während der bayerische Innenminister Günther Beckstein 1999 in der „Zeitschrift für Kulturaustausch“ noch schrieb, die „deutsche Leitkultur muss bei unseren ausländischen Mitbürgern entsprechende Akzeptanz finden“<sup>1</sup>, so fand er den Begriff „Leitkultur“ im Jahr 2005 zumindest „missverständlich“. Bis heute ist mir keine explizite Definition des Begriffs bekannt (in der Regel „verlässt“ man sich ohnehin auf die Konnotation), bei der ich nicht darauf verweisen könnte, dass die Prinzipien dieser Leitkultur bereits in unserer Verfassung verkörpert sind. Es sind die Grundrechte – die eben auch soziale Pflichten mit sich bringen – und die darauf basierende freiheitlich-demokratische Ordnung. Warum wird die Fahne der (Leit-)Kultur geschwenkt, wenn doch die der Verfassung mit ihren universellen Werten viel edler ist? Die Verfassung erwärmt in Deutschland offenbar nicht alle, jedenfalls nicht in ausreichendem Maße.

<sup>1</sup> <http://cms.ifa.de/index.php?id=beckstein>

Dieselben finden auch mehr Wärme im Schoß der (Leit-)Kulturnation – die Staatsnation ist ihnen zu kalt. Rückwirkend ist man versucht, sich nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus eine gründlichere Amerikanisierung Deutschlands zu wünschen. In den USA käme jedenfalls niemand auf die Idee, einen Eingebürgerten als „Türken mit amerikanischem Pass“ zu bezeichnen. Es hieße vielmehr „Amerikaner türkischer Herkunft“ – ein bedeutungsvoller Unterschied, den hierzulande einige immer noch nicht begriffen haben.

Die CDU hat den Begriff „Leitkultur“ nicht erfunden, doch hat sie die Debatte damals angestoßen. Es war jedoch nicht nur von einer „Leitkultur“, sondern gleich von einer „deutschen Leitkultur“ die Rede. Damit war die Stoßrichtung mehr als deutlich gekennzeichnet. Wenn sich „deutsche Leitkultur“ auch nur schwerlich substanzuell – das heißt über das in der Verfassung ohnehin bereits Enthaltene – definieren lässt, so dann doch wenigstens negativ gegen alle Gesellschaftskonzepte gerichtet, die „multikulturell“, „multireligiös“ und „multiethnisch“ geprägt sind. Wer eine „deutsche Leitkultur“ fordert, der fordert nicht etwa das berechtigte Maß an erforderlicher Integration, das heißt die Beherrschung der deutschen Sprache, die Akzeptanz (und übrigens nicht nur „Billigung“) unserer Verfassung, die Einhaltung der Gesetze sowie die Eingliederung in unser Bildungssystem. Wer die Anpassung an eine „deutsche Leitkultur“ verlangt, fordert vielmehr kulturelle Selbstverleugnung und Assimilation. Auch ich war schon seit jeher ein Fürsprecher der Assimilation – im Bildungssystem und im Arbeitsmarkt, denn dort besteht tatsächlich kein Grund, dass es merkliche Unterschiede zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gibt. Und selbst wenn unter dem Deckmantel einer Leitkultur keine Assimilation verlangt wird, so haben im günstigsten Fall Migranten und ihre Nachkommen die alleinige Bringschuld. Dass Integration ein beidseitiger Prozess ist, der sowohl von Migranten als auch von der (Mehrheits-) Gesellschaft entsprechende Anstrengungen verlangt – nicht zuletzt gerechtere Bildungschancen für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache und aus Arbeiterfamilien –, davon ist in dieser Debatte keine Rede.

Man ist geneigt zu fragen, ob die Verfechter der „deutschen Leitkultur“ den Wortlaut der Grundrechte tatsächlich genau kennen. Wem dieser Hinweis zu polemisch ist, der verkennt die Brisanz des Gesellschaftskonzepts, das sich dahinter verbirgt. Jedenfalls ist mir schleierhaft, wie eine „deutsche Leitkul-

tur“ praktisch in Einklang zu bringen ist mit einer Gesellschaft, die gekennzeichnet ist von einer Pluralisierung und Individualisierung der Lebensstile und aus zahlreichen soziokulturellen Milieus besteht, die bei weitem nicht alle ethnisch oder religiös geprägt sind: Während die deutschstämmigen Eltern den Abend gemeinsam bei Karl Moiks Musikantenstadl verbringen, schüttelt der pubertierende Sohn seine Haare zu Slayers Thrash Metal und amüsiert sich die Tochter prächtig auf einer schwullesbischen Türkpop-Party. Auch das ist gemeint mit multikultureller Gesellschaft.

Es ist nur ein vermeintlicher Fortschritt, dass heute kaum noch jemand von „deutscher Leitkultur“ spricht.<sup>2</sup> Denn die so kastrierte „Leitkultur“ ist nicht wesentlich besser, schwingt doch hier ebenfalls ein Plädoyer für eine Hierarchie der Kulturen mit. Doch an welche hegemoniale Kultur sollen sich Menschen nichtdeutscher Herkunft und nichtchristlichen Glaubens in Deutschland überhaupt anpassen? Was die Menschen ganz unterschiedlicher soziokultureller Milieus in einer Demokratie gesellschaftlich bindet, ist keine wie auch immer geartete Leitkultur, sondern es sind vor allem eine gemeinsame Sprache (was die gemeinsame Lösung von Konflikten erst möglich macht), rechtskonformes Handeln und der Markt. Das mag manchem zu wenig, zu „kalt“ sein – es ist jedoch die Realität, die viele, ob deutscher oder nichtdeutscher Herkunft, gerade wegen ihrer zahlreichen Möglichkeiten zur kulturellen Selbstverwirklichung schätzen. Und um jedem Missverständnis vorzubeugen: kulturelle Selbstverwirklichung unter dem Dach der Grundrechte. Und um es ganz deutlich zu sagen: Ehrenmorde und Kindsmorde haben unter diesem Dach keinerlei Platz!

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, erklärt der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Ernst-Wolfgang Böckenförde zu Recht. Über diese Voraussetzungen müssen wir uns vergewissern. Ich verstehe die Debatte über eine Leitkultur deshalb als Teil einer notwendigen Selbstvergewisserung unserer Gesellschaft über ihre Identität, die in Zeiten der Globalisierung immer wieder aufs Neue bestätigt, angepasst oder auch verteidigt werden muss. Es macht wenig Sinn

<sup>2</sup> Dass die CDU sich von der „deutschen Leitkultur“ nicht trennen mag, bewies erst kürzlich der Innenminister des Landes Brandenburg Jörg Schönbohm im Magazin Cicero, Ausgabe 2/2006: „Prallen fremde kulturelle Bräuche auf unsere Lebenswirklichkeit und unsere Gesetze, so muss klar sein und bleiben, was sich durchsetzt: die deutsche Leitkultur.“

zu fragen, ob wir solche öffentlichen Debatten überhaupt brauchen – wir brauchen sie wie den regelmäßigen Blick in einen Spiegel. Allerdings wurde die Leitkultur-Debatte (als Teil dieser Selbstvergewisserung) bislang kaum so geführt, als wolle sich eine Gesellschaft darüber verständigen, welche beiderseitigen, gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen für eine erfolgreiche Integration der Migranten erforderlich sind – es ging vor allem um die Bringschuld der Migranten.

Der kontraproduktive Begriff „Leitkultur“ lässt sich nicht mehr aus der Welt schaffen. Also muss er endlich mit Inhalt gefüllt werden. Dabei kann der Begriff sogar ins Positive gewendet werden, wenn wir uns tatsächlich auf ein Prinzip einigen können, dem wir die Funktion einer „leitenden Kultur“ (im Sinne eines Prinzips sozialer Bindekraft) zusprechen können. Für mich kann es sich bei diesem Prinzip nur um eines handeln: Republikanismus in einer multikulturellen Gesellschaft, in der das Individuum eben nicht in erster Linie über seine Herkunft und Hautfarbe definiert, sondern zuallererst als (potenzieller) Staatsbürger mit gleichen Rechten und Pflichten wahrgenommen wird.

Auch ein Türkischstämmiger ist mehr als seine pure Herkunft. Was die Religion betrifft, so kann er Alevit oder Sunnit sein, vielleicht ist er aber auch ein säkularer Kultur-Muslim, für den die Religion nur an Feiertagen eine besondere Rolle spielt. Vielleicht sind aber auch nur seine Eltern gläubig, er hingegen Atheist. Es ist geradezu paradox, wie in Deutschland, wo die Zahl der Kirchgänger und registrierten Kirchensteuerzahler kontinuierlich zurückgeht, der religiöse und ethnische Hintergrund so dermaßen in den Vordergrund gestellt wird, dass man sich selbst über die Bezeichnung „muslimischer Atheist“ nicht wundern darf. Aber es soll ja hierzulande auch Menschen geben, die einen Schwarzen, mit dem sie das Zugabteil teilen, auf Englisch ansprechen – damit dieser dann in bestem Hochdeutsch antwortet, was bei seinem Gegenüber zu einem multikulturellen Schockzustand führt. Mancher in unserer Gesellschaft hat so seine Schwierigkeiten mit der Vorstellung, dass ein Türke oder Muslim genauso ein Deutscher sein kann wie ein anderer, dessen deutsche Vorfahren vielleicht bis ins Mittelalter reichen. Deutschsein sollte zuallererst die Kenntnis der Sprache, die Identifikation mit unserer Verfassung und der Gültigkeit universeller (!) Menschenrechte (die wiederum einen historischen Hintergrund haben, den man auch kennen sollte) sowie

der politischen Kultur bedeuten. Das ist das Dach, unter dem dann private kulturelle Selbstverwirklichung stattfindet. Und das wiederum bedeutet dann Multikulturalismus – dies mit Kulturrelativismus zu verwechseln ist bestenfalls vereinfachend oder ignorant, schlimmstenfalls böswillig.

Der Verweis auf eine Kultur als solche, an die sich Einwanderer anpassen müssen, wird immer wieder zu Abwehrreflexen führen. Denn Kultur umfasst mehr als Sprache, Menschenrechte und soziale Umgangsformen, sie beinhaltet Religion und Religiosität, die Muttersprache, Literatur, Musik, zahlreiche Aspekte der Identität und des individuellen Lebensstils. Wenn wir von Menschen nichtdeutscher Herkunft kulturelle Anpassung in diesem Sinne fordern oder auch nur so verstanden werden (und über Missverständnisse darf sich nicht wundern, wer von Leitkultur bzw. deutscher Leitkultur spricht), erzeugen wir verhärtete Fronten. Wer sein Gegenüber jedoch zuallererst als (potenziellen) Staatsbürger betrachtet, bei der Erziehung und Konflikten auf die Verfassung und die dort verkörperten universellen Werte hinweist (und dies auch wörtlich so nennt), der geht dieser Schwierigkeit von Beginn an aus dem Weg. Nehmen wir etwa den in Artikel 3 des Grundgesetzes enthaltenen Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Wenn ein Teil der eingewanderten Bevölkerung (aber auch so mancher Deutschstämmige) nach wie vor Schwierigkeiten mit der Gleichberechtigung der Geschlechter hat, warum sollten wir dann auf eine deutsche Leitkultur hinweisen – und nicht, was doch viel naheliegender ist, auf unser Grundgesetz, das einen solch eindeutigen und universellen Satz enthält?

Nicht, wer sich nicht an eine Leitkultur anpassen oder unterordnen will, disqualifiziert sich – sondern wer sich nicht mit unserer Verfassung identifizieren will. In unserer Gesellschaft gibt es Ausgrenzung, abweichendes Verhalten, Rassismus, Antisemitismus – all dies finden wir sowohl bei Deutschstämmigen als auch bei Menschen nichtdeutscher Herkunft, bei deutschen und ausländischen Staatsbürgern. Für sie alle gilt nicht die eine Leitkultur – sondern unsere Verfassung, auf die jeder stolz sein kann. Wer jetzt denken sollte: Leitkultur, Verfassung, Menschenrechte, das ist doch alles dasselbe – ich würde nicht widersprechen. Und wem dies zu „unpatriotisch“ ist: Gerade die republikanisch gespeiste Anerkennung des Anderen könnte eine Gefühlsbindung erzeugen, die man auch gern als patriotisch bezeichnen darf.